

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Lenz (Bergstraße), Dr. Eyrich, Dr. Marx, Dr. Schröder (Düsseldorf), Josten, Dr. Jobst und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU

Beziehungen auf dem Gebiete des Rechts mit Japan

Wir fragen die Bundesregierung:

Was hat die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren getan, um die Beziehungen auf dem Gebiete des Rechts mit Japan zu fördern?

Bonn, den 31. Mai 1978

Dr. Lenz (Bergstraße)
Dr. Eyrich
Dr. Marx
Dr. Schröder (Düsseldorf)
Josten
Dr. Jobst
Dr. Abelein
Amrehn
Dr. Becher (Pullach)
Böhm (Melsungen)
Berger (Herne)
Dr. Bötsch
Broll
Dr. Czaja
Erhard (Bad Schwalbach)
Hartmann
Dr. Hoffacker
Dr. Hupka
Dr. Hüsch

Graf Huyn
Jäger (Wangen)
Dr. Jentsch (Wiesbaden)
Kittelmann
Dr. Klein (Göttingen)
Klein (München)
Krey
Dr. Langguth
Dr. Laufs
Reddemann
Regenspurger
Schwarz
Dr. Stark (Nürtingen)
Graf Stauffenberg
Straßmeir
Dr. Todenhöfer
Baron von Wrangel
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

Vor rund hundert Jahren haben die deutsche Rechtswissenschaft und Gesetzgebung fast auf allen Rechtsgebieten Japan entscheidende Grundlagen gegeben. Fast das gesamte deutsche Bürgerliche Gesetzbuch wurde von Japan übernommen. Das deutsche Handelsgesetzbuch und das GmbH-Gesetz waren Vorbild für das japanische. Bei der Gerichtsverfassung wurde das deutsche System angenommen. Nicht minder groß war die Beziehung zum deutschen Recht bei der Zivilprozeßordnung, dem Strafrecht und Strafverfahrensrecht. Unterbrochen wurde diese Entwicklung durch den Zusammenbruch des deutschen und japanischen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese wertvollen Grundlagen für die deutsch-japanischen Beziehungen sollten unbedingt durch einen fruchtbaren und regen Austausch auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft und Rechtspolitik erhalten und gefördert werden. Wir fragen, welche Anstrengungen in diesem Sinne von der Bundesregierung und den Landesregierungen in den letzten Jahren unternommen worden sind.